



Irene Becker / Richard Hauser (August 2010):

**"Kindergrundsicherung, Kindergeld und Kinderzuschlag: Eine vergleichende Analyse aktueller Reformvorschläge"**

Abschlussbericht des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projektes " Vom Kindergeld zu einer Grundsicherung für Kinder. Fiskalische und Verteilungswirkungen eines Existenz sichernden und zu versteuernden Kindergeldes"

**Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse:**

Irene Becker und Richard Hauser haben in ihrer Studie drei Reformoptionen untersucht:

- 1.) Ausbau des Kinderzuschlags (i.W. DGB-Konzept)
  - 2.) höheres Kindergeld (322 Euro)
  - 3.) Kindergrundsicherung (502 Euro , i.W. Konzept Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG)
- Bei allen Varianten wurde überprüft, welche Einkommensgruppen davon profitieren, ob die Kinderarmut reduziert wird und wie viel die Reformen kosten würden.

Dabei sind sie zu folgenden wesentlichen Ergebnissen gelangt:

- **Kurzfristig** ist der Ausbau des **Kinderzuschlags** sinnvoll. Er würde jährlich rund fünf Mrd. Euro kosten, während der Staat für ein höheres Kindergeld oder die Kindergrundsicherung rund 30 Mrd. Euro zusätzlich investieren muss. Der Nachteil des Kinderzuschlags ist aber seine hohe Dunkelziffer: **Die große Mehrheit (zwei Drittel) aller anspruchsberechtigten Familien beantragt gar keinen Kinderzuschlag** (Unwissenheit, Abschreckung durch Bürokratie, etc.). Eine Reform müsste deshalb durch Informationskampagnen und einer verbesserten Beratung das Inanspruchnahmeverhalten deutlich verbessern. Falls dann tatsächlich alle Familien ihren Anspruch einlösen, würde die Armutsquote bei Kindern unter 15 Jahren um immerhin fünf Prozentpunkte sinken und damit zu einer schnellen Verbesserung der materiellen Situation vieler Familien in prekären Einkommensverhältnissen führen.
- Um aber **langfristig** und zielgenau die Bekämpfung der Kinder und Familienarmut anzugehen, ist, laut der Studie, die **Kindergrundsicherung** das stimmigste Konzept. Mit 30 Mrd. Euro sind Kindergelderhöhung und Kindergrundsicherung zwar gleich teuer, die Umverteilungswirkungen sind bei der Kindergrundsicherung aber größer. Die **Armutsquote** würde bei Kindern unter 15 Jahren von aktuell **16,5 % auf 3,3 %** sinken. Außerdem würde die Leistung durch eine **Besteuerung** bei mittleren und hohen Einkommen kontinuierlich abschmelzen. Damit würde das Familienfördersystem in Deutschland sozial gerecht ausgestaltet. Das erhöhte Kindergeld käme hingegen armen wie reichen Familien gleichermaßen zugute.
- Zwar kann nur eine Kindergrundsicherung das gesamte System der Familienförderung reformieren, entbürokratisieren und gerechter machen. Dies vermag eine Reform des Kinderzuschlags nicht. Dennoch kann sie kurzfristig die Kinderarmut senken und ist auch in der Krise finanzierbar, so die Wissenschaftler. Auf lange Sicht sollte die Politik die Einführung einer Kindergrundsicherung ins Auge fassen: **Der Ausbau des Kinderzuschlags und die Kindergrundsicherung sind dabei kein Gegensatz, sondern zwei Stufen eines Masterplans gegen Kinderarmut.**